

Beschlüsse

zur Drucksachenummer

00670/2022

Überwachung auf dem Marienplatz fortführen

Beschlüsse:

05.12.2022	Stadtvertretung
029/StV/2022	29. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Stadtvertretung

Bemerkungen:

1.

Es liegt folgende Änderungsmitteilung der Antrag stellenden Fraktion vom 28.11.2022 vor:

„Die Stadtvertretung spricht sich für die dauerhafte Fortführung der Videoüberwachung und -aufzeichnung auf dem Marienplatz durch die Polizei aus. *Der Oberbürgermeister wird daher beauftragt, rechtzeitig vor Beendigung des vorläufigen Wirkbetriebes mit der Landespolizei Gespräche zur Überführung in den dauerhaften Wirkbetrieb zu führen.*“

2.

Es liegt folgender Änderungsantrag des Mitgliedes der Stadtvertretung Martin Steinitz (ASK) vom 03.12.2022 vor:

„*Die Stadtvertretung spricht sich dafür aus, dass die Liveüberwachung nicht fortgeführt wird und es nur bei der Aufzeichnung bleibt.*

Der Oberbürgermeister wird daher beauftragt, rechtzeitig vor Beendigung des vorläufigen Wirkbetriebes mit der Landespolizei Gespräche zur Überführung in den dauerhaften *nicht Livebetrieb* zu führen.“

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich bei zwei Dafürstimmen und einigen Stimmenthaltungen abgelehnt

3.

Es liegt folgender Ersetzungsantrag der AfD-Fraktion vom 01.12.2022 vor:

Betreff neu: Überwachung auf dem Marienplatz fortführen und Einrichtung einer Polizeidienststelle am Marienplatz auf den Weg bringen

„Die Stadtvertretung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in Gesprächen mit der Landespolizei um die Einrichtung einer Polizeidienststelle am oder in der Nähe des Marienplatzes zu ersuchen.

Die Stadtvertretung spricht sich zudem für die dauerhafte Fortführung der Videoüberwachung und -aufzeichnung auf dem Marienplatz durch die Polizei aus. Der Oberbürgermeister wird daher beauftragt, rechtzeitig vor Beendigung des vorläufigen Wirkbetriebes mit der Landespolizei Gespräche zur Überführung in den dauerhaften Wirkbetrieb zu führen.“

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich bei sieben Dafürstimmen abgelehnt

4.

Der Stadtpräsident stellt sodann den Antrag in der Fassung der Änderungsmitteilung der Antrag stellenden Fraktion zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Stadtvertretung spricht sich für die dauerhafte Fortführung der Videoüberwachung und -aufzeichnung auf dem Marienplatz durch die Polizei aus. Der Oberbürgermeister wird daher beauftragt, rechtzeitig vor Beendigung des vorläufigen Wirkbetriebes mit der Landespolizei Gespräche zur Überführung in den dauerhaften Wirkbetrieb zu führen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich bei einigen Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen beschlossen